

## Informationsdienst des CGB

# INTERN

Juni 2005

### Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist das letzte „rot-grüne“ Projekt auf Länderebene gescheitert. Bundeskanzler Schröder hat daraufhin die Notbremse gezogen und Möglichkeiten gesucht, um im Bund Neuwahlen durchzuführen. Der Weg über die Vertrauensfrage, verknüpft mit der Zustimmung zur Unternehmenssteuerreform, ist nach meiner Ansicht ein weiteres Indiz für die Halbherzigkeit in der Politik dieser Bundesregierung. Ehrlicher wäre es gewesen, Schröder hätte seinen Rücktritt erklärt. Sei es wie es will, letztlich entscheidend ist die Tatsache, dass die Wählerinnen und Wähler für Deutschland einen politischen Neuanfang wählen können. Besonders die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss nun bei allen programmatischen Überlegungen in den Vordergrund rücken. Ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass nach dem Herbst 2005 mit einer neuen Bundesregierung wieder ein Klima sozialer Sicherheit einzieht und dem arbeitsmarkt- und sozialpolitischen „Pfusch“ ein Ende gesetzt wird.



Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen des CGB „Intern“.

Ihr Matthias Strebl MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses Wirtschaft und Arbeit

### Neuwahlen im Herbst 2005

von Martin Stock – CGB Bundesvorstand

Am 18. September 2005 soll ein neuer Bundestag gewählt werden. CDU und CSU haben sich auf einen Kandidaten geeinigt. Eine Kandidatin vielmehr. Erstmals geht mit Angela Merkel eine Frau ins Rennen. Die nächsten Wochen werden zeigen, mit welchem Personalangebot die bisherige Opposition in die Bundestagswahlen ziehen wird.

Viel wichtiger wird allerdings sein, welche programmatische Alternative den Wählerinnen und Wählern angeboten wird. Die Spielräume sind gering. Es zeigt sich schon heute, dass die CDU/CSU einen sehr ehrlichen Weg einschlagen wird. Die Zeiten großer Versprechungen dürften vorbei sein.

Ob es aber wirklich zielführend ist, bereits heute Detailfragen öffentlich zu diskutieren, wie zum Beispiel die Erhöhung der Mehrwertsteuer, ohne ein Gesamtkonzept abgestimmt zu haben, ist mehr als fraglich. Der CGB wird gegenüber einseitigen und unsinnigen Einschränkungen von Arbeitnehmerrechten nein sagen. Es wird heute mehr denn je darauf ankommen, dass auch die Gewerkschaften konstruktiv an diesem Konzept mitwirken.

Die Aussage von DGB-Chef Sommer, man werde „ohne Wahlempfehlung“ in diese Neuwahlen gehen, ist soviel wert, wie einem Kleinkind die Financial Times zu kaufen. Die linken Gewerkschaften werden wie bisher mit großen Anstrengungen versuchen, Ihre Klientelpoli-

tik durchzusetzen. Dass dies stets mit Beitragsmitteln ihrer Mitglieder geschieht, wird unverständlicherweise so gut wie nicht beachtet. Die führenden Politiker der SPD gehören nun mal überwiegend DGB-Gewerkschaften an, und werden alles daran setzen, ihre Reihen hinter sich zu bekommen. Dies ist legitim. Ob es aber anständig ist, dass Arbeitnehmerorganisationen, die sich zumindest nach Satzung als „neutral und unabhängig“ bezeichnen, als einseitige Wahlkampf helfer betätigen, mag den Mitgliedern dieser Gewerkschaften zur Bewertung vorbehalten bleiben. Dass hier die Sensibilität gestiegen ist, zeigt neben der Aussage Sommers auch die Tatsache, dass immer weniger Beschäftigte bereit sind, mit ihren Mitgliedsbeiträgen solche Projekte zu unterstützen.

Für den CGB gilt wie bisher, dass wir die einzelnen Wahlaussagen sehr ernsthaft prüfen, unsere Kritik (positiv wie negativ) äußern und eigene Forderungen aufstellen werden, und dies abgesehen von jeder parteipolitischen Einseitigkeit.

#### Herausgeber:

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands  
 Obentrautstraße 57 \* 10963 Berlin  
 Tel.: 030 - 210 217 - 30  
 Fax.: 030 - 210 217 - 40  
 e-mail: [cgb.bund@cgb.info](mailto:cgb.bund@cgb.info)  
 Internet: [www.cgb.info.de](http://www.cgb.info.de)  
 ViSdP: Gunter Smits  
 Redaktion: Martin Stock, Anne Kiesow

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands

## Aus den Gewerkschaften:

### KFG: Parkplatznot entlang der Bundesautobahnen und Bundesstrassen

Wer aufmerksam über unsere Bundesautobahnen oder Bundesstraßen fährt, kann beobachten, wie immer mehr Parkplätze geschlossen oder zurückgebaut werden. Dabei stehen schon derzeit den 1,2 Millionen Lkw und Sattelzugmaschinen, die werktäglich im Wirtschaftsverkehr mobil sind, lediglich 35.000 Lkw-Parkplätze zur Verfügung. Gerade in den Abend- und Nachtstunden wird Parkraum für Lkw damit immer mehr zur Mangelware.

Wegen der ungenügenden Platzkapazitäten werden Lastkraftwagen nicht selten in die Ein- und Ausfahrbereiche, sogar bis in die Fahrbahn hinein auf Bundesfernstraßen geparkt. Die Folge sind zum Teil massive Verkehrsbeeinträchtigungen bis hin zur Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer.

Noch dramatischer zeigt sich die Situation in der kritischen Nachtzeit von etwa 1.30 bis 3.30 Uhr, wenn starke Ermüdungserscheinungen bei den Fahrern einsetzen. Wird nun die notwendig gewordene Parkmöglichkeit nicht gefunden, sind die Fahrer gezwungen, in diesem Zustand die Fahrt fortzusetzen. Die Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer und das eigene Leben steigt damit massiv.

Angesichts dieser dramatischen Situation stehen die Berufskraftfahrer vor einem Dilemma: Fahren sie weiter, überschreiten sie ihre gesetzlich festgelegten Lenkzeiten und gefährden aufgrund von Übermüdung sich und andere Verkehrsteilnehmer. Kommen sie ihrer Pflicht nach, sind sie gezwungen, jeden noch so ungeeigneten Parkraum zu nutzen. So wird lieber das Verwarnungsgeld für das verkehrswidrige Parken in Kauf genommen, als der Bußgeldbescheid für den Verstoß gegen die Lenk- und Ruhezeiten.

Institutionen wie der deutsche Verkehrssicherheitsrat warnen schon lange vor diesen Gefahren. Leider ist aber nicht zu erkennen, dass sich der Gesetzgeber als Betreiber der Autobahnen um Lösungen für dieses brisante Thema bemüht.

### TVöD: Tarifschutz für öffentlichen Sektor bleibt erhalten

Sowohl der Verband der kommunalen Arbeitgeber (VKA) wie auch das Bundesinnenministerium haben jüngst zugesichert, dass unsere Mitgliedsgewerkschaften GöD und DHV auch zukünftig in der Tarifbindung des Öffentlichen Dienstes verbleiben.

Die dbb-tarifunion hatte zum 31.12.2004 die Abkommen mit den beiden CGB-Gewerkschaften aufgekündigt. Damit ist es notwendig geworden, dass sich unter dem Dach des CGB eine neue Struktur bildet, um auch in Zukunft den Öffentlichen Dienst tarifrechtlich abzudecken. Unter unserem Dach ist eine Verhandlungsgemeinschaft der christlichen Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst gegründet worden. Die Federführung liegt bei der GöD.

Die Verhandlungsgemeinschaft ist über die GöD-Bundesgeschäftsstelle, Goethestr. 28, 80336 München, Tel.: 0 89/53 25 50, Fax: 0 89/53 65 29, Internet: [www.goed-online.de](http://www.goed-online.de), eMail: [info@goed-online.de](mailto:info@goed-online.de) erreichbar.

### CGM: „Bonus wäre bequeme Mitgliederwerbung, aber fatal!“

CGM-Bundesvorsitzender Schiller warnt vor Spaltung der Belegschaften

Berlin – „Wie schlecht es um die Leistungsfähigkeit und Überzeugungskraft gewerkschaftlicher Grundgedanken bei den linken Großgewerkschaften bestellt ist, offenbaren diese selbsternannten Monopolisten erneut mit ihrer Idee, in der laufenden Tarifrunde von den Arbeitgebern einen Bonus für ihre Mitglieder zu verlangen.“

Nachdem ihnen die Mitglieder in Scharen von der Fahne gehen, nehmen die DGB-Gewerkschaften fatalerweise heute lieber eine Spaltung der Belegschaften in den Betrieben in Kauf, um sich von den Arbeitgebern neue Mitglieder zutreiben zu lassen!“

Mit scharfen Worten kritisierte der Bundesvorsitzende der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM), Reinhardt Schiller, die jüngsten Diskussionen in dieser Richtung. Gerade in einer schwierigen Zeit des Wandels und wirtschaftlicher Notlagen werde die eigene Leistungsschwäche der Großgewerkschaften offenbart.

„Der Flurschaden für die Gewerkschaftsbewegung insgesamt und die zeitgerechte Fortentwicklung einer wirkungsvollen Arbeitnehmervertretung für alle ist enorm“, sagte Schiller.

Er forderte von den anderen Gewerkschaften „ebenso durch eigene Leistungen und Angebote zu überzeugen, wie dies die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) als stärkste Teilgewerkschaft im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) durch ihre kreativen Weichenstellungen für eine zukunftsfähige und flexible Tarifpolitik tut“, sagte der CGM-Chef.

### Langzeitkonten zur Qualifizierung nutzen

Schiller bedauerte, dass die Großgewerkschaften den kreativen Lösungen der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) weiter hinterher hinken. „In unserem Tarifmodell Phönix können Arbeitnehmer über Langzeitarbeitskonten z.B. auch längst die Möglichkeit zur Weiterqualifizierung vorhalten. Zusätzlich bietet unser in der Praxis erprobtes Tarifmodell den Arbeitnehmern die Chance über Langzeitkonten aus eigener Kraft einen sanften Übergang in die Rente zu bewerkstelligen.“

Laut Schiller kann, je nach dem Grad des Nutzens entweder der Arbeitgeber wie bisher Entgelt und Bildungsmaßnahme bezahlen oder der Arbeitnehmer steuert Zeit und Lohn aus seinem Langzeitkonto bei.

Außerdem ist es möglich, dass der Arbeitnehmer die Fortbildungszeit aus seinem Arbeitskonto nimmt und der Arbeitgeber die Maßnahme bezahlt. Immer in Abhängigkeit davon, wem die Maßnahme nützt bzw. wer sie wünscht.

## **CGB führte Meinungsaustausch mit Spitze des Kolpingwerkes**

Die Gemeinsamkeiten sind groß, obwohl die Aufgaben unterschiedlich sind. Seit längerer Zeit angekündigt und geplant, trafen sich am 12. Mai 2005 im Deutschen Bundestag der Bundesvorsitzende des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands, Matthäus Strebl, MdB, sowie weitere Vorstandsmitglieder mit der Spitze des Kolpingwerk Deutschland zu einem sozialpolitischen Gedankenaustausch.



In dem mehr als zweistündigen anregenden Gespräch diskutierten beide Seiten ihre Einschätzung zur gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Situation in Deutschland. Beiden Seiten geht es um die Entwicklung von Visionen, um ihrer sozialen Verantwortung für die Menschen und der bestmöglichen Vertretung der Arbeitnehmerrechte gerecht zu werden.

Man war sich darüber einig, dass in der derzeitigen politischen Diskussion oftmals Schlagworte wichtiger zu sein scheinen als durchdachte Konzepte. „Wir dürfen nicht bei der ausschließlichen Moralisierung bleiben“, so Thomas Dörflinger, MdB und Bundesvorsitzender des Kolpingwerkes. Das habe sich auch in der jüngsten sog. „Kapitalismus Debatte“ gezeigt.

Die Kritik von Franz Müntefering an der "Macht des Kapitals" sowie an der einseitigen Orientierung der Wirtschaft an kurzfristigen Gewinnen zulasten von Arbeitsplätzen spiegle einerseits sicher die Sorgen und Ängste vieler Menschen unseres Landes wieder. „Eine grundsätzliche Kapitalismuskritik, die nur mit moralischen Argumenten ansetzt, greift zu kurz“, so Dörflinger. Sie übersieht, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen arbeitsplatzvernichtendes Verhalten belohnen. Viele verantwortungsbewusste Unternehmen haben damit kaum eine Wahl, wenn sie im stärker werdenden internationalen Wettbewerb nicht zurückfallen wollen.

Genau diese Einschätzung stößt auch beim Christlichen Gewerkschaftsbund auf offene Ohren. Seit Gründung dieser Alternative zu den sozialistischen Gewerkschaften stand immer der partnerschaftliche Ausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen im Vordergrund.

„Die Menschen suchen nach Orientierung, Ideen und Menschen, denen sie glauben können“, so CGB-Generalsekretär Gunter Smits. Dazu ist die Entwicklung von Visionen und neuer Konzepte notwendig. Das Diskussionspapier des Kolping-Bundesfachausschus-

ses „Zukunft der Arbeitswelt“ kann hier gute Grundlage für weitere Diskussionen sein.

Vereinbart wurde, sich in Zukunft sowohl in aktuellen Fragen schnell abzustimmen, um zeitnah politisch reagieren zu können, als auch langfristige Strategien durch die Entwicklung von Visionen und Konzepten zu entwickeln. Die konkreten ersten Schritte dazu wurden festgelegt. So sollen im Rahmen gemeinsamer Arbeitskreise und sozialpolitischer Veranstaltungen zukunftsweisende Initiativen und Konzepte erarbeitet und vorgestellt werden.

Besonders die Fragen der beruflichen Bildung in Deutschland brauchen gemeinsame, schnelle, politische Initiativen beider Organisationen. Die Ausschreibungspraxis der Bundesagentur für Arbeit für Maßnahmen und Projekte der beruflichen Bildung trifft nicht nur die Träger, sondern im Besonderen auch die Teilnehmer.

Welche „Blüten“ diese Vorgehensweise gezeitigt hatte, mussten sowohl die Kolping-Bildungswerke, wie auch verschiedene gewerkschaftliche Berufsbildungseinrichtungen „am eigenen Leib“ erfahren. Es wurde unter anderem von Tarifpartnern des DHV - Deutscher Handels- und Industrieangestellter Verband berichtet, die durch die gängige Ausschreibungspraxis derart in Schwierigkeiten gebracht wurden, dass massive Entlassungswellen stattfinden mussten.

Wer z. B. die Verantwortung für die besonders sensible Klientel der sozial benachteiligten und lernbehinderten Jugendlichen hat, darf nicht durch tägliche Hiobsbotschaften einer permanenten Verunsicherung unterzogen werden, so die Bildungsexperten auf beiden Seiten.

### **Auch Gesamtmetall-Präsident Kannegiesser: Gesetzliche Öffnungsklauseln nicht nötig**

Berlin (ots) - Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Martin Kannegiesser, hält die von Union und FDP geplanten gesetzlichen Öffnungsklauseln für betriebliche Bündnisse für Arbeit nicht für notwendig. "Für die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie gibt es zahlreiche Gestaltungsspielräume zur Anpassung des Flächentarifvertrags an betriebliche Notwendigkeiten", sagte Kannegiesser dem Tagesspiegel (Montagsausgabe).

Der DGB-Vorsitzende, Michael Sommer, hatte ebenfalls im Tagesspiegel einen "Häuserkampf" angekündigt, "sollte die Lohnfindung in die Betriebe verlagert werden".

Eine solche Verlagerung lehnt auch Kannegiesser ab, weil der Tarifvertrag "betriebliche Abweichungen von tariflichen Standards zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit, von Investitionen und Innovationen mit Zustimmung der Tarifparteien ermöglicht. Diesen Kodex müssen wir weiterentwickeln", sagte Kannegiesser dem Tagesspiegel. Gesetzlichen Handlungsbedarf sieht der Gesamtmetall-Präsident nur für die Branchen, "in denen keine entsprechenden Tarifverträge bestehen". Hier müssten die Betriebe "die Möglichkeit haben, zum Zwecke der Beschäftigungssicherung betriebliche Bündnisse einzugehen". Ferner schlägt Kannegiesser eine "Anpassung" des Günstigkeitsprinzips vor, "damit die Betriebe in einzelvertraglichen Regelungen von Tarifstandards abweichen können".

Der Tagesspiegel vom 05.06.2005

## NEUES ETATLOCH: Post-Pensionskasse geht das Geld aus

Schon im Juni bekommt Finanzminister Hans Eichel ein weiteres milliardenschweres Haushaltsproblem. Die Postunterstützungskasse, aus der die Pensionen der ehemaligen Beamten von Post und Telekom bezahlt werden, hat nächsten Monat kein Geld mehr.

Erst vor knapp zwei Monaten hatte Eichel dieser Pensionskasse eine Finanzspritze von 1,7 Milliarden Euro gewährt. Schon damals hatten die Berliner Experten darauf hingewiesen, dass diese Liquiditätshilfe lediglich bis Juni reiche.

Hintergrund der akuten Finanzprobleme ist nach SPIEGEL-Informationen, dass Eichel ursprünglich schon zu Jahresbeginn die Forderungen des Bundes gegenüber der Deutschen Post und Telekom auf Zahlungen an die Pensionskasse am Kapitalmarkt verkaufen wollte. Eichels Ziel war es, damit die Pensionsansprüche der ehemaligen Postbeamten von 5,5 Milliarden Euro zu bezahlen, die in diesem Jahr anfallen.

Bis heute hat das Finanzministerium von der zuständigen Investmentbank Morgan Stanley allerdings noch kein Konzept für diesen Forderungsverkauf bekommen. In den nächsten Wochen muss Eichel deshalb Gelder aus dem Steuerhaushalt überweisen.

Aus: Spiegel Online 27.05.2005

## EU-Parlament: Abstimmung zur Änderung der Arbeitszeitrichtlinie

Das Europäische Parlament hat am 11. Mai 2005 in erster Lesung über die Änderung der Arbeitszeitrichtlinie 2003/66/EG beschlossen. Dabei weicht das Europaparlament an einigen Stellen wesentlich von dem Vorschlag der Kommission vom 22.09.2004 [KOM (2004)0607] ab. Dies wesentlichen Änderungen sollen im folgenden dargestellt werden:

### Opt-Out-Regelung

Dieses bislang geltende Modell erlaubt Arbeitgebern, mit Zustimmung der Arbeitnehmer mehr als 48 Stunden Wochenarbeitszeit zu vereinbaren. Voraussetzung für die Zulässigkeit einer solchen Vereinbarung ist es, dass dem Arbeitnehmer durch eine Ablehnung des so genannten Opt-Out keine Nachteile entstehen.

Nach dem Beschluss des Parlamentes soll nun die bestehende Opt-Out-Regelung 36 Monate nach Inkraft-Treten der neuen Richtlinie abgeschafft werden (Änderungsantrag 20). Der Kommissionsvorschlag sieht hingegen die Beibehaltung der Möglichkeit eines Opt-Out vor, jedoch unter verschärften Bedingungen.

### Bereitschafts- und Arbeitszeit

Im Gegensatz zu den Vorschlägen der Kommission fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, dass die gesamte Zeit des Bereitschaftsdienstes - also auch die "inaktive Zeit" - als Arbeitszeit angerechnet wird. Allerdings sollen die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, unter bestimmten Bedingungen die "inaktive Zeit" des Bereitschaftsdienstes bei der Berechnung der Wochenarbeitszeit besonders zu gewich-

ten. Um inaktive Arbeitszeit soll es sich handeln, wenn der Arbeitnehmer während seines Bereitschaftsdienstes „nicht seine gewöhnliche Arbeit oder Tätigkeiten oder Aufgaben, die in die Bereitschaft fallen [...], ausübt bzw. wahrnimmt.“

Damit wird der Vorschlag der Kommission zurückgewiesen, den Bereitschaftsdienst in aktive und nicht aktive Zeiten zu unterscheiden und nur noch die aktiven Zeiten als Arbeitszeit anzuerkennen.

### Bezugszeiträume

Die Abgeordneten stimmen grundsätzlich mit dem Vorschlag der Kommission überein, die Bezugszeiträume, über die die durchschnittliche Wochenarbeitszeit berechnet wird, von 4 auf 12 Monate zu verlängern. Allerdings muss eine vernünftige und angemessene Anwendung und der Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer garantiert werden. Die Abgeordneten fordern daher, die Ausdehnung des Bezugszeitraums nur durch Tarifverträge oder Tarifvereinbarungen zuzulassen bzw. Arbeitnehmer, die keinen Tarifverträgen unterliegen, zu informieren und zu konsultieren (Änderungsantrag 19).

### Arbeitszeitmodelle

Nach dem Beschluss des Parlamentes sollen neue Arbeitszeitmodelle eingeführt werden, die Vereinbarungen über das lebenslange Lernen einbeziehen. (Änderungsantrag 4). Weiterhin sollen die Bedürfnisse der Arbeitnehmer im Hinblick auf die Vereinbarung von Beruf und Familienleben berücksichtigt werden. Hierbei ist ein Gleichgewicht mit einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung zu finden.

Die endgültige Entscheidung muss nunmehr vom EU-Ministerrat getroffen werden, voraussichtlich unter österreichischem Ratsvorsitz im kommenden Jahr.

## Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen: Eckwerte zum Arbeitsmarkt:

Im Mai 2005 waren rund 4,8 Mio. Menschen in Deutschland arbeitslos. Dies entspricht einer Quote von 11,6 %. Gegenüber dem Vorjahresmonat bedeutet dies eine Zunahme um 513.000 Arbeitslose.

Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen mit 38,84 Mio. um rund 138.000 zunahm, reduzierten sich die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse auf geschätzt 26,13 Mio. Dies ist ein Minus von 302.000.

Bei den offenen Stellen gab es einen Zuwachs von insgesamt 36.000 auf 322.000. Im Vergleich zu den Arbeitslosenzahlen zeigt dies: In Deutschland kommen auf eine gemeldete offene Stelle rund 15 Arbeitslose.

568.000 Menschen unter 25 Jahren waren arbeitslos. Eine Zunahme gegenüber dem Vorjahresmonat von 111.000. Das gleiche Bild bei den Langzeitarbeitslosen: 1,8 Mio. (+ 130.000)

Alg-Geld II Empfänger	4,67 Mio.
Sozialgeld Empfänger	1,64 Mio.

Zahlen aus: Bundesagentur für Arbeit MB 05/05

## Termine \* Termine \* Termine

13. - 16.9.	Bundesgewerkschaftstag CGPT
7. - 9.10.	CDA-Arbeitsgemeinschaft Seminar in Königswinter
4.11.	CGM-Thementag in Dresden